



Planlos, unfinanzierbar, zerstörerisch: Die Straßen-Wunschlisten der Länder für den Bundesverkehrswegeplan 2015-2030

Planlos, unfinanzierbar, zerstörerisch: Die Straßen-Wunschlisten der Länder für den Bundesverkehrswegeplan 2015-2030
Die meisten Bundesländer haben große Defizite bei der Planung einer umweltschonenden und bezahlbaren Verkehrsinfrastruktur. Auch bei der Bürgerbeteiligung gibt es erheblichen Nachholbedarf. Das sind Ergebnisse einer vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) durchgeführten Studie zur Anmeldung von Autobahnen und Bundesstraßen seitens der Länder für den nächsten Bundesverkehrswegeplan (2015 bis 2030). Die 13 vom BUND untersuchten Länder planen den Neu- bzw. Ausbau von insgesamt 1600 Autobahnabschnitten und Bundesstraßen. Das sind zehnmal mehr als mit den vorhandenen Finanzmitteln tatsächlich realisierbar wäre. Bei der Auswahl ihrer Projekte haben fast alle Bundesländer die Bürger wenig bis gar nicht beteiligt, Umweltaspekte und mögliche verkehrsreduzierende Maßnahmen ausgeklammert und sinnvolle Planungsalternativen ignoriert, kritisierte die Umweltorganisation.
Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender: "Deutschlands Verkehrsplanung ist ein Fiasko. Die Bundesländer melden realitätsferne, unfinanzierbare und umweltzerstörerische Wunschlisten nach Berlin. Bayern allein will für 17 Milliarden Euro 400 Straßen neu- bzw. ausbauen. Dafür wäre mehr als doppelt so viel Geld erforderlich, wie für den Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen in ganz Deutschland bis 2030 zur Verfügung steht. Einäugiger unter den Blinden bei der Straßenplanung ist Baden-Württemberg. Dort wurden die Bürger ausreichend beteiligt und die Entlastung der Innenstädte von Verkehr und Lärm ernst genommen. Die Länder Brandenburg, Hamburg und Bremen sind ebenfalls etwas besser als der Rest. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer muss sämtliche maßlosen und umweltschädlichen Straßenbau-Wunschlisten umgehend retour an die Länder schicken."
Bis Ende September sind die Bundesländer verpflichtet, ihre Listen mit Straßenbauvorhaben an das Bundesverkehrsministerium zu liefern. Dieses wählt dann Projekte aus, die im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans 2015 bis 2030 umgesetzt werden sollen. Bislang haben 13 Bundesländer solche Listen erarbeitet. In seiner Studie bewertete der BUND, ob die eingereichten Projekte nach den vom Bundesverkehrsministerium geforderten Kriterien Verkehrssicherheit, Finanzierbarkeit, Natur- und Landschaftsschutz, Bürgerbeteiligung, Lärminderung und Netzintegration ausgesucht wurden oder nicht.
Der BUND-Vorsitzende forderte einen sofortigen Neustart aller Planungen. "Die organisierte Verantwortungslosigkeit in der deutschen Verkehrsplanung muss ein Ende haben. Die Bundesländer müssen ihre Straßenbaulisten mindestens nach den Kriterien des Bundesverkehrsministeriums neu ausarbeiten. Und die Anmeldefrist muss bis Ende 2013 verlängert werden. Minister Ramsauer muss den Ländern beim Straßenbau einen realistischen Finanzrahmen vorgeben und mehr Bürgerbeteiligung sowie die Prüfung sämtlicher Alternativen veranlassen. Um Mobilität in der Zukunft zu sichern, ist außerdem eine verkehrsträgerübergreifende Planung dringend erforderlich", sagte Weiger.
Die BUND-Studie "Intransparent, planlos, unfinanzierbar: Die Straßen-Wunschlisten der Länder für den Bundesverkehrswegeplan im Vergleich" und die Einzelbewertung der Bundesländer finden Sie unter: www.mobil-statt-verplant.de/studie
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40
Mail: bund@bund.net
URL: <http://www.bund.net>

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.